

## 100-Tage-Bilanz: Landesregierung hat wichtige Projekte auf den Weg gebracht

„Die neue Landesregierung ist morgen seit 100 Tagen im Amt. Wir haben uns unter dem Motto „Aufbruch 2030“ zum Ziel gesetzt, das Land wirtschaftlich stärker, sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger zu machen. Die ersten 100 Tage waren stark von der Corona-Pandemie geprägt. Gleichzeitig konnten wir erste gemeinsame Projekte auf den Weg bringen“, bilanzierten die stellvertretende Ministerpräsidentin Simone Oldenburg und der Chef der Staatskanzlei Patrick Dahlemann.

„Unsere größte Herausforderung in den ersten 100 Tagen bestand darin, Mecklenburg-Vorpommern so gut wie möglich durch den Corona-Winter zu bringen. Wir bedanken uns bei den Einwohnerinnen und Einwohnern, die mit ihrem umsichtigen Verhalten entscheidend dazu beigetragen haben, dass eine Überlastung des Gesundheitssystems vermieden werden konnte. Mit dem 3-Stufen-Plan für das Land werden die Corona-Schutzmaßnahmen bis 20. März deutlich gelockert. Es ist wichtig, dass wir in schwierigen Zeiten weiter zusammenstehen“, sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin.

„Unser Ziel ist es, dass unser Land auch wirtschaftlich so gut wie möglich durch die Pandemie kommt. Wir haben uns auf Bundesebene erfolgreich dafür eingesetzt, dass das erhöhte Kurzarbeitergeld und die Überbrückungshilfen fortgesetzt werden. Auch hier im Land haben wir beispielsweise mit der Fortführung der Neustartprämie und dem Restart-Programm Lebendige Innenstädte Unternehmen und Beschäftigte unterstützt. Schmerzhaft war die Insolvenz der MV-Werften in Folge der Corona-Pandemie. Die Landesregierung steht auch weiter auf der Seite der Beschäftigten an den Wertstandorten“, sagte der Chef der Staatskanzlei.

„Die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen bleibt das wichtigste Thema. Wir haben uns auf Bundesebene erfolgreich dafür eingesetzt, dass das erhöhte Kurzarbeitergeld und die Überbrückungshilfen fortgesetzt werden. Das kommt bei den Beschäftigten konkret an. Mit der Fortführung der Neustartprämie und dem Restart-Programm Lebendige Innenstädte haben wir Unternehmen und Beschäftigte unterstützt. Umso schmerzhafter war die Insolvenz der MV-Werften in Folge der Corona-Pandemie. Die Landesregierung steht auch weiter an der Seite der Beschäftigten und arbeitet mit Bund, Gewerkschaften und

# LReg

Schwerin, 22.02.2022

Nummer: 24/2022

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern  
Schloßstraße 2–4  
19053 Schwerin  
Telefon: +49 385 588-10040  
Telefax: +49 385 588-10048  
E-Mail: [Pressestelle@stk.mv-regierung.de](mailto:Pressestelle@stk.mv-regierung.de)  
Internet: [www.mv-regierung.de](http://www.mv-regierung.de)

V. i. S. d. P.: Andreas Timm

Insolvenzverwalter an Zukunftsmodellen für die drei Werftstandorte“, sagte der Chef der Staatskanzlei.

„Wir bringen ökologische und ökonomische Entwicklung in Einklang. Deshalb haben wir auf unserer Kabinettsklausur beschlossen, dass grüne Gewerbegebiete, die sich mit lokal erzeugten erneuerbaren Energien versorgen, künftig eine um 15 Prozent höhere Förderung erhalten. Auch die Abschaffung der EEG-Umlage muss zügig erfolgen, genauso wie eine Entlastung bei den Energiekosten“, so Dahlemann weiter.

Auch bei den Themen Soziales und Bildung wurden erste Entscheidungen getroffen. „Der Ferienhort wird ab diesem Sommer für alle Ferien dauerhaft kostenfrei. Auch das ist ein Ergebnis unserer Kabinettsklausur. Kinder können bis zu 10 Stunden am Tag den Hort kostenfrei nutzen. Damit erleichtern wir ihren Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben“, sagte die Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung. „Im Schulbereich ist unsere größte Herausforderung, so viele Lehrkräfte zu gewinnen, dass der Unterricht abgesichert ist. Um einen zusätzlichen Anreiz zu setzen, erhalten Referendarinnen und Referendare künftig bis zu 300 Euro pro Monat zusätzlich, wenn sie sich an Ausbildungsschulen bewerben, die vorwiegend in ländlich geprägten Regionen liegen und bei denen der Lehrkräftebedarf besonders hoch ist.“

Auf dem Weg sei ein weiteres gemeinsames Vorhaben der Regierungspartner: „Der Internationale Frauentag, der 8. März, wird ab 2023 gesetzlicher Feiertag in Mecklenburg-Vorpommern. Der Gesetzentwurf ist im Kabinett beraten worden und wird in der März-Sitzung in den Landtag eingebracht“, informierte Oldenburg.

„Die Landesregierung setzt auf enge Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Beispielsweise ist die Bewältigung der Pandemie und zuletzt die FFP2-Maskenverteilung nur gemeinsam gelungen. Der Kommunalgipfel hat diese wichtige Zusammenarbeit unterstrichen. Wir ermöglichen eine gleichmäßige Finanzausstattung der Kommunen. Dadurch stehen den Kommunen in diesem Jahr 102 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Auch beim Bundesteilhabegesetz reden wir miteinander und nicht übereinander“, betone Patrick Dahlemann“, betone Patrick Dahlemann.

In den kommenden Wochen will die Landesregierung weitere Vorhaben auf den Weg bringen. So soll im März über den Doppelhaushalt beraten werden. Weitere wichtige Themen für das Jahr 2022 seien die Änderung des Vergabegesetzes mit der Kopplung von Landesaufträgen an Tariflöhne bzw. tarifgleiche Löhne und die Entwicklung von Eckpunkten für das Klimaschutzgesetz. „Wir arbeiten in der Regierung gut, verlässlich und zielorientiert zusammen. Die ersten Projekte sind auf dem Weg – und wir machen gemeinsam weiter“, erklärten Oldenburg und Dahlemann.